



Veranstaltungsbericht - Webinar

„Indonesia's Energy Transition: Pathways to Justice and Sustainability – A Critical Perspective“, Zoom, am 27. Juni 2025

Die Energiewende ist eine zentrale Voraussetzung für wirksamen Klimaschutz. In Indonesien vollzieht sie sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Wachstum, ökologischen Herausforderungen und sozialer Gerechtigkeit. Über internationale Klimapartnerschaften wie Just Energy Transition Partnership (JETP) versucht auch der Globale Norden, diesen Wandel zu unterstützen.

Am 27. Juni 2025 veranstaltete Watch Indonesia! ein Webinar über Zoom, das sich genau mit diesen Schnittpunkten befasste, zwischen Energiepolitik, sozial-ökologischer Gerechtigkeit, internationaler Finanzierung und zivilgesellschaftlicher Beteiligung, im Kontext der komplexen politischen und ökologischen Realitäten Indonesiens.

Die eingeladenen Referent*innen brachten unterschiedliche Perspektiven aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein. Sie gaben vertiefende Einblicke in strukturelle Herausforderungen und diskutierten konkrete Ansätze für eine gerechte und nachhaltige Transformation des indonesischen Energiesektors – orientiert sowohl an lokalen Bedingungen als auch an globalen Zusammenhängen.

Dr. Anna Fünfgeld ist Postdoktorandin im Exzellenzcluster CLICCS der Universität Hamburg und assoziiertes Mitglied am German Institute for Global and Area Studies (GIGA). Ihre Forschung beschäftigt sich mit Klimagerechtigkeit, Energiepolitik und grünem Extraktivismus im Globalen Süden – auf der Grundlage politökonomischer und poststrukturalistischer Ansätze.

Bhima Yudhistira Adhinegara ist Direktor des Center of Economic and Law Studies (CELIOS). Seine Arbeit konzentriert sich auf die Steuerung der indonesischen Energiewende und die Rolle der kritischen Mineralienwirtschaft. Frühere berufliche Stationen umfassen u. a. die indonesische Industrie- und Handelskammer sowie die Weltbanktochter International Finance Corporation.

Ahmad Ashov Birry ist Programmleiter bei Trend Asia. Er setzt sich für einen gerechten Ausstieg aus fossilen Energien und für gemeinwohlorientierte, gemeinschaftsgetragene Lösungen im Bereich der erneuerbaren Energien ein.

Moderation: **Silvia Seidlitz**, Physikerin und Umweltaktivistin bei Scientists for Future.

Indonesiens Energiewende: Kohleabhängigkeit und strukturelle Hürden

Dr. Anna Fünfgeld eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis darauf, dass Indonesiens Energiesystem stark von Kohle abhängig ist, eine Folge historischer, politischer und ökonomischer Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrzehnte. Kohle ist nicht nur zur primären Energiequelle des Landes geworden, die über 60 Prozent des Stroms liefert, sondern dient inzwischen auch als politisches Machtinstrument. Sie wird durch ein Geflecht aus Interessensgruppen und Elitennetzwerken geschützt und zusätzlich durch Regierungsmaßnahmen gezielt gefördert. Diese Dominanz wurde insbesondere nach der politischen Dezentralisierung durch großzügige Lizenzvergaben, enge Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft sowie das staatliche 35.000-Megawatt-Ausbauprogramm für Kohlekraftwerke sichtbar.

Der Ausstieg aus der Kohle, so Dr. Fünfgeld, ist nicht nur eine technische, sondern vor allem eine strukturelle Herausforderung. Oligarchen aus dem Kohlesektor haben sich in Parlament, Ministerien und staatlichen Unternehmen fest etabliert und ein rechtliches sowie institutionelles Umfeld geschaffen, das die Kohle weiterhin priorisiert – durch Subventionen, inländische Abnahmeverpflichtungen und gezielte Infrastrukturförderung. Diese Strukturen benachteiligen erneuerbare Energiequellen, insbesondere kleinflächige, gemeinschaftsbasierte Ansätze.

Des Weiteren betont Dr. Fünfgeld die geopolitische Dimension der indonesischen Energiewende. Die steigende Nachfrage nach Elektrofahrzeugen und sauberen Technologien, vor allem aus dem Globalen Norden, führt zu einem starken Ausbau des Nickelabbaus. Unter dem Vorwand des Klimaschutzes verursacht dieser *grüne Extraktivismus* jedoch

Umweltzerstörung und eine soziale Krise, insbesondere in Ostindonesien. Ähnliche Probleme gibt es bei großflächigen Geothermieprojekten, die oft die Rechte indigener Gemeinschaften verletzen.

Elektrofahrzeuge und „saubere“ Energien können das Klima nicht schützen, wenn für die dafür benötigten Rohstoffe weiterhin Umweltzerstörung und Ausbeutung in Kauf genommen werden. Vor diesem Hintergrund droht die Energiewende, wie aktuell am Beispiel Indonesiens sichtbar, genau jene Dynamiken des Klimawandels zu verstärken oder gar zu beschleunigen, die sie eigentlich zu bekämpfen vorgibt.

Just Energy Transition Partnership (JETP) und ihre Herausforderungen

Bhima Yudhistira konzentrierte sich auf die finanziellen Mechanismen hinter Indonesiens Just Energy Transition Partnership (JETP), einer milliardenschweren Initiative, die von internationalen Gebern, Entwicklungsbanken und privaten Investoren gemeinsam finanziert wird. Trotz öffentlicher Bekenntnisse zur globalen Solidarität betonte Bhima, dass die JETP vor allem durch schuldenbasierte Instrumente wie zinsgünstige Kredite und Eigenkapitalfinanzierungen getrieben wird. Von den zugesagten 21,6 Milliarden US-Dollar wurden bisher nur 1,1 Milliarden realisiert, und der Großteil davon kam weder den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung zugute noch förderte er die Einbeziehung benachteiligter Gruppen.

Die Finanzierung der JETP konzentriert sich vor allem auf groß angelegte kommerzielle Energieprojekte, von denen Gemeinden, Beschäftigte und lokale Wirtschaften kaum profitieren. Lediglich neun der 54 geförderten Projekte erhalten direkte Investitionen in Form von Krediten oder Eigenkapital, während die Mehrheit aus kleinen Zuschüssen ohne nachhaltige Wirkung besteht. Die Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften an den als „grün“ bezeichneten Energieprojekten war meist gering oder gar nicht vorhanden. Zudem stehen die Energiearbeiter*innen vor einer ungewissen Zukunft, da soziale Absicherung, Weiterbeschäftigungsangebote und Weiterbildungsangebote fehlen.

Bhima warnte davor, dass die JETP riskante und schädliche Technologien wie Carbon Capture and Storage (CCS) finanzieren könnte, die teuer, im großen Maßstab unbewiesen und mit Umweltgefahren für die Gemeinden verbunden sind. Er äußerte zudem Bedenken bezüglich des Nickelabbaus für die Produktion von Elektrofahrzeugen und wies darauf hin, dass sich diese extraktiven Aktivitäten mit wenig Regulierung und enormen ökologischen Kosten ausweiten. Obwohl als Teil der grünen Wirtschaft beworben, führt der Nickelabbau in Sulawesi und anderen Regionen zu schwerwiegenden ökologischen Schäden und gesundheitlichen Beeinträchtigungen, darunter Luft- und Wasserverschmutzung, und wurde mit einem Anstieg vorzeitiger Todesfälle in Verbindung gebracht. Der Übergang zur Elektromobilität dürfe seiner Ansicht nach nicht auf Kosten neuer Formen des Extraktivismus gehen, die Umwelt- und Menschenrechte für exportorientierte Ziele opfern.

Er wies auch auf das Geothermieprojekt Poco Leok auf Flores hin, das von der deutschen Förderbank KfW finanziert wird. Die lokalen Gemeinschaften betrachten es nicht als Fortschritt, sondern als unmittelbare Bedrohung ihrer Lebensweise. Während Staat und Projektträger die bestehenden Spannungen häufig als Kommunikationsprobleme darstellen, betonte Bhima, dass sie in Wahrheit auf tiefer liegende strukturelle Defizite zurückzuführen sind: fehlende Zustimmung, mangelnde partizipative Planung und die Missachtung von Landrechten. Geothermieprojekte wie dieses folgen derselben Top-down-Logik wie andere industrielle Großvorhaben und tragen somit dazu bei, die Ungerechtigkeiten der fossilen Ära zu verstetigen, anstatt sie zu überwinden.

Bhima betonte, dass die Finanzierung der Energiewende neu ausgerichtet werden muss. Statt Projekte zu fördern, die vor allem Investoren oder geopolitischen Interessen dienen, sollten Mittel in sozial gerechte, gemeinschaftsnahe und umweltfreundliche Energieprojekte fließen. Er schlug vor, Gewinne aus Rohstoffindustrien zu besteuern, um damit lokale Entwicklung zu finanzieren. Zudem forderte er mehr Transparenz durch regulatorische Reformen und Investitionen in neue Arbeitsplätze und Wirtschaftsstrukturen in Regionen, die vom Kohleausstieg betroffen sind. Der Erfolg der Energiewende, so Bhima, sollte nicht allein in Megawatt gemessen werden, sondern daran, inwieweit

Entscheidungsbefugnisse, faire Teilhabe und die Anerkennung der Rechte marginalisierter Gemeinschaften gefördert und gewahrt werden.

Dezentralisierung der Energie und lokale Energieinitiativen

Ahmad Ashov Birry übte deutliche Kritik an der zentralisierten Energieplanung Indonesiens sowie am dominanten Narrativ in der globalen Klimapolitik, das Dekarbonisierung automatisch mit Klimaschutz gleichsetzt. Zwar betonen internationale Strategien die Reduktion von Emissionen, doch bleiben Aspekte wie Biodiversität, Menschenrechte und die Mitbestimmung betroffener Gemeinschaften häufig unberücksichtigt. Indonesien verdeutlicht diese Diskrepanz besonders deutlich: Im Namen der Energiewende werden weiterhin Ressourcen im großen Stil ausgebeutet, während die Vorteile erneuerbarer Energien nur schleppend oder gar nicht zum Tragen kommen.

Der Anteil erneuerbarer Energien in Indonesien liegt offiziell noch unter 15 Prozent und bleibt damit weit hinter dem Ziel von 23 Prozent für das Jahr 2025 zurück. Gleichzeitig sieht der Stromplan der Regierung den Bau von weiteren 26,7 Gigawatt Kohlekraftwerken vor, von denen ein Großteil für sogenannte „captive industries“ wie Bergbau und Schmelzindustrie vorgesehen ist. Die Ausbeutung von Kohle, Nickel und anderen Rohstoffen wird zunehmend unter dem Begriff der „grünen Wirtschaft“ gerechtfertigt, doch dieses Modell verlagert Umwelt- und Sozialkosten auf die lokalen Gemeinschaften, die unter Verschmutzung, Bodendegradation und daraus resultierenden sozialen Konflikten leiden.

Der rechtliche und institutionelle Rahmen in Indonesien unterstützt aktuell keine gemeinschaftsbasierte Energieerzeugung. Ashov wies jedoch darauf hin, dass dezentrale, gemeinschaftlich betriebene erneuerbare Energiesysteme eine vielversprechende Alternative darstellen. Trend Asia dokumentierte erfolgreiche Beispiele wie Mikro-Wasserkraftanlagen in Riau und Java, hybride Solar-Wind-Systeme in Zentraljava sowie Biogas-Kooperativen, die von Frauengruppen in West-Nusa-Tenggara betrieben werden. Diese Initiativen zeigen deutlich die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Bottom-up-Ansatzes: Sie verbessern den Energiezugang, stärken lokale Wirtschaften und reduzieren Umweltschäden – und das unter Wahrung des lokalen Wissens und der Selbstbestimmung. Damit dieses Modell jedoch nachhaltig wachsen kann, muss die Politik neu ausgerichtet werden und öffentliche Beteiligung, Zugang zu Fördermitteln sowie Gemeinschaftseigentum als zentrale Pfeiler des Energiesystems in den Vordergrund stellen.

Gerechtigkeit in der gerechten Energiewende realisieren

Im abschließenden Teil der Veranstaltung wurde diskutiert, wie der Aspekt der Gerechtigkeit in der gerechten Energiewende konkret umgesetzt werden kann. Im Zentrum standen dabei Fragen wie: Welche Mechanismen könnten realistisch dazu beitragen, gemeinschaftsbasierte erneuerbare Lösungen in den JETP-Rahmen Indonesiens zu integrieren? Und: Wie können Akteure aus dem Globalen Norden (Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen) zur Energiewende Indonesiens beitragen, ohne eigene Agenden aufzuzwingen oder neokoloniale Dynamiken zu reproduzieren?

Die Referent*innen waren sich einig, dass der Begriff der Gerechtigkeit im Kontext der JETP präziser definiert werden muss. Soziale und ökologische Dimensionen sowie demokratische Mitgestaltung sollten dabei ins Zentrum rücken. Lokale Gemeinschaften dürfen nicht lediglich als Betroffene gelten, die es zu berücksichtigen oder zu schützen gilt, sondern müssen als aktive Mitgestalter*innen der Energiewende anerkannt und eingebunden werden. Nur so können Ressourcen effizienter genutzt und eine echte Dezentralisierung der Energieversorgung erreicht werden.

Die Finanzierungsmechanismen der JETP sollten vermehrt auf Zuschüsse statt auf Kredite setzen. Der Zugang zu diesen Mitteln muss für lokale Gemeinschaften vereinfacht werden, damit insbesondere marginalisierte Gruppen davon profitieren. Das Management und die Mittelvergabe im Rahmen der JETP sollten transparent gestaltet sein. Lokale Initiativen müssen langfristig und kontinuierlich gefördert werden, bis sie wirtschaftlich eigenständig arbeiten können.

Zudem sollte die JETP den Austausch von Wissen und Technologien aktiv unterstützen, anstatt sich auf den bloßen Import fertiger Produkte wie Windturbinen oder Solarpanels zu beschränken.

Die Planung und Umsetzung der Energiewende muss parallel zur wirtschaftlichen Transformation erfolgen, damit beide Prozesse sich gegenseitig unterstützen können.

Es ist essenziell, dass die JETP-Mittel weder in bürokratischen Verwaltungsstrukturen versickern noch in fragwürdige technologische Lösungen wie CCS (Carbon Capture and Storage) oder Atomenergie fließen. Geberinstitutionen könnten als Voraussetzung für eine Förderung festlegen, dass Gelder gezielt in skalierbare, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Projekte auf Gemeinschaftsebene investiert werden, mit Fokus auf Mensch und Umwelt.

Teilnehmer*innen betonten zudem die Bedeutung von Lieferkettengesetzen für die Verwirklichung einer sozial und ökologisch gerechten Energiewende. Solche Gesetze verpflichten Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Schutz der Umwelt entlang globaler Lieferketten. Daher wurde gefordert, dass entsprechende Regelungen auf EU- und internationaler Ebene gestärkt und konsequent umgesetzt werden. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus dem Globalen Süden müssen dabei aktiv in die Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen eingebunden werden.

Geschrieben von Auxilia Phung

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des Projekts "Energiewende und Klimapartnerschaften – zivilgesellschaftliche Perspektiven und Handlungsansätze für soziale und globale Gerechtigkeit am Beispiel Indonesiens."

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Watch Indonesia! e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder.

Förderung:

Gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des:



Durch Stiftung Nord-Süd-Brücken mit Mitteln der

und



Gefördert durch:

